

**2007**

**Ausgegeben zu Bonn am 5. Juni 2007**

**Nr. 16**

Tag	Inhalt	Seite
28. 5.2007	<b>Gesetz zu dem Protokoll vom 4. Juli 2006 zur Verlängerung des Abkommens vom 9. April 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen</b> . . . . . GESTA: XD010	746
1. 3.2007	Bekanntmachung der 28. Änderung der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle . . . . .	748
25. 4.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von New York vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau . . . . .	753
25. 4.2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens vom 8. Dezember 2004 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zu dem Übereinkommen über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen	754
25. 4.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Chemiewaffenübereinkommens . . . . .	755
27. 4.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls IV zum VN-Waffenübereinkommen . . . .	757
30. 4.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen . . . . .	758
30. 4.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen . . . . .	759
4. 5.2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls V vom 28. November 2003 zum VN-Waffenübereinkommen . . . . .	761
7. 5.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen . . . . .	763
7. 5.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge . . . . .	764
7. 5.2007	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an die Unternehmen „Booz Allen & Hamilton, Inc.“, „Kellogg Brown & Root Services, Inc.“ und „Science Applications International Corporation, SAIC“ (Nr. DOCPER-AS-39-05, DOCPER-AS-58-01, DOCPER-AS-11-25) . . . . .	765
7. 5.2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung . . . . .	768

**Gesetz**  
**zu dem Protokoll vom 4. Juli 2006**  
**zur Verlängerung des Abkommens vom 9. April 1995**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und den Vereinigten Arabischen Emiraten**  
**zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern**  
**vom Einkommen und vom Vermögen**  
**und zur Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen**

**Vom 28. Mai 2007**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Berlin am 4. Juli 2006 unterzeichneten Protokoll zur Verlängerung des Abkommens vom 9. April 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.  
(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

---

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 28. Mai 2007

Der Bundespräsident  
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen  
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Steinmeier

**Protokoll**  
zur Verlängerung des Abkommens vom 9. April 1995  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und den Vereinigten Arabischen Emiraten  
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern  
vom Einkommen und vom Vermögen und zur Belebung  
der wirtschaftlichen Beziehungen

**Protocol**  
on the Extension of the Agreement of 9 April 1995  
between the Federal Republic of Germany  
and the United Arab Emirates  
for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income  
and Capital and for the Fostering  
of Economic Relations

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Vereinigten Arabischen Emirate –

The Federal Republic of Germany  
and  
the United Arab Emirates,

von dem Wunsch geleitet, das Abkommen vom 9. April 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen um zwei Jahre zu verlängern und in dieser Zeit die notwendigen Anpassungen vorzunehmen –

desiring to extend the Agreement of 9 April 1995 between the Federal Republic of Germany and the United Arab Emirates for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and Capital and for the Fostering of Economic Relations by two years and to undertake the necessary adjustments during that period,

haben Folgendes vereinbart:

have agreed as follows:

**Artikel 1**

Das Abkommen vom 9. April 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen wird um zwei Jahre bis zum 9. August 2008 verlängert.

**Article 1**

The Agreement of 9 April 1995 between the Federal Republic of Germany and the United Arab Emirates for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and Capital and for the Fostering of Economic Relations shall be extended by two years until 9 August 2008.

**Artikel 2**

Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsstaaten einander notifiziert haben, dass die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, und entfaltet seine Wirkung dann ab dem Tag der Unterzeichnung. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

**Article 2**

This Protocol shall enter into force on the date on which the Contracting States have informed each other that the constitutional requirements for such entry into force have been fulfilled and shall then take effect on the date of signature thereof. The relevant date shall be the day on which the last notification was received.

Geschehen zu Berlin am 4. Juli 2006, was dem 8. Dschumada II. 1427 H. entspricht, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Berlin on the 4<sup>th</sup> day of July, 2006, corresponding to 8 Jumaada II, 1427 AH in duplicate in the German, Arabic and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Arabic texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
For the Federal Republic of Germany  
Georg Boomgaarden

Für die Vereinigten Arabischen Emirate  
For the United Arab Emirates  
Almahmoud

**Bekanntmachung  
der 28. Änderung der Pariser Vereinbarung über die Hafensaatkontrolle**

**Vom 1. März 2007**

Die nach Abschnitt 7.2 Nr. 3 der Pariser Vereinbarung vom 26. Januar 1992 über die Hafensaatkontrolle (BGBl. 1982 II S. 585) in der vom Hafensaatkontrollausschuss beschlossenen Neufassung (BGBl. 2004 II S. 190) am 12. Mai 2006 angenommenen Änderungen der Liste der Unterzeichner der Vereinbarung einschließlich der entsprechenden Fußnoten sowie die Änderung des Abschnitts 3.10.2 sind nach Abschnitt 7.2 Nr. 4 der Vereinbarung für alle Vertragsparteien

am 1. Juli 2006

in Kraft getreten.

Die nach Abschnitt 7.3 Nr. 2 der Vereinbarung am 12. Mai 2006 angenommenen Änderungen des Abschnitts 1.2 Nr. 9, des Abschnitts 8.3.3 Nr. 6 sowie des Abschnitts 8.3.4 Nr. 5 der Anlage 1, des Teils B Nr. 1 und 4 der Anlage 3 sowie der Nummern I und II der Anlage 5 der Vereinbarung sind nach Abschnitt 7.3 Nr. 3 der Vereinbarung für alle Vertragsparteien ebenfalls

am 1. Juli 2006

in Kraft getreten.

Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. Oktober 2005 (BGBl. II S. 1205).

Berlin, den 1. März 2007

Bundesministerium  
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Im Auftrag  
Felix Stenschke

## 28. Änderung der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle

1. Die Liste der Unterzeichner der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle, einschließlich der entsprechenden Fußnoten, wurde ersetzt und wie folgt gefasst:

(Übersetzung)

“The Maritime Authorities of	«Les Autorités maritimes de:	„Die Seeschiffahrtsbehörden
Belgium	Allemagne (République Fédérale d’)	Belgiens
Canada <sup>1)</sup>	Belgique	Kanadas <sup>1)</sup>
Croatia <sup>2)</sup>	Canada <sup>1)</sup>	Kroatiens <sup>2)</sup>
Cyprus <sup>3)</sup>	Croatie <sup>2)</sup>	Dänemarks
Denmark	Chypre <sup>3)</sup>	Estlands <sup>3)</sup>
Estonia <sup>4)</sup>	Danemark	Finnlands
Finland	Estonie <sup>4)</sup>	Frankreichs
France	Espagne	Deutschlands (Bundesrepublik)
Germany (Federal Republic of)	Finlande	Griechenlands
Greece	France	Islands <sup>4)</sup>
Iceland <sup>5)</sup>	Grèce	Irlands
Ireland	Irlande	Italiens
Italy	Islande <sup>5)</sup>	Lettlands <sup>5)</sup>
Latvia <sup>6)</sup>	Italie	Litauens <sup>6)</sup>
Lithuania <sup>7)</sup>	Lettonie <sup>6)</sup>	Maltas <sup>7)</sup>
Malta <sup>8)</sup>	Lithuanie <sup>7)</sup>	der Niederlande
Netherlands	Malte <sup>8)</sup>	Norwegens
Norway	Norvège	Polens <sup>8)</sup>
Poland <sup>9)</sup>	Pays-Bas	Portugals
Portugal	Pologne <sup>9)</sup>	der Russischen Föderation <sup>9)</sup>
Russian Federation <sup>10)</sup>	Portugal	Sloweniens <sup>10)</sup>
Slovenia <sup>11)</sup>	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d’Irlande du Nord	Spaniens
Spain	Russie (Fédération de) <sup>10)</sup>	Schwedens
Sweden	Slovénie <sup>11)</sup>	des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	Suède	Zyperns <sup>11)</sup> ;

hereinafter referred to as “the Authorities”.      ci-après appelées «les Autorités»».      im Folgenden als „Behörden“ bezeichnet –“.

<sup>1)</sup> The Maritime Authority of Canada adhered to the Memorandum on 3 May 1994; for the Maritime Authority of Canada the Memorandum took effect on 3 May 1994.

<sup>2)</sup> The Maritime Authority of Croatia adhered to the Memorandum on 8 November 1996; for the Maritime Authority of Croatia the Memorandum took effect on 1 January 1997.

<sup>3)</sup> The Maritime Authority of Cyprus adhered to the Memorandum on 12 May 2006; for the Maritime Authority of Cyprus the Memorandum took effect on 1 July 2006.

<sup>4)</sup> The Maritime Authority of Estonia adhered to the Memorandum on 12 May 2005; for the Maritime Authority of Estonia the Memorandum took effect on 1 July 2005.

<sup>5)</sup> The Maritime Authority of Iceland adhered to the Memorandum on 11 May 2000; for the Maritime Authority of Iceland the Memorandum took effect on 1 July 2000.

<sup>6)</sup> The Maritime Authority of Latvia adhered to the Memorandum on 12 May 2005; for the Maritime Authority of Latvia the Memorandum took effect on 1 July 2005.

<sup>7)</sup> The Maritime Authority of Lithuania adhered to the Memorandum on 12 May 2006; for the Maritime Authority of Lithuania the Memorandum took effect on 1 July 2006.

<sup>8)</sup> The Maritime Authority of Malta adhered to the Memorandum on 12 May 2006; for the Maritime Authority of Malta the Memorandum took effect on 1 July 2006.

<sup>9)</sup> The Maritime Authority of Poland adhered to the Memorandum on 27 November 1991; for the Maritime Authority of Poland the Memorandum took effect on 1 January 1992.

<sup>10)</sup> The Maritime Authority of the Russian Federation adhered to the Memorandum on 10 November 1995; for the Maritime Authority of the Russian Federation the Memorandum took effect on 1 January 1996.

<sup>11)</sup> The Maritime Authority of Slovenia adhered to the Memorandum on 15 May 2003; for the Maritime Authority of Slovenia the Memorandum took effect on 22 July 2003.

- 1) L'Autorité maritime du Canada a adhéré au Mémorandum le 3 mai 1994. Pour l'Autorité maritime du Canada, le Mémorandum prendra effet le 3 mai 1994.
- 2) L'Autorité maritime de Croatie a adhéré au Mémorandum le 8 novembre 1996. Pour l'Autorité maritime de la Croatie, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> janvier 1997.
- 3) L'Autorité maritime de Chypre a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2006. Pour l'Autorité maritime de Chypre, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> juillet 2006.
- 4) L'Autorité maritime d'Estonie a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2005. Pour l'Autorité maritime d'Estonie, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> juillet 2005.
- 5) L'Autorité maritime d'Islande a adhéré au Mémorandum le 11 mai 2000. Pour l'Autorité maritime d'Islande, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> juillet 2000.
- 6) L'Autorité maritime de Lettonie a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2005. Pour l'Autorité maritime de Lettonie, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> juillet 2005.
- 7) L'Autorité maritime de Lituanie a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2006. Pour l'Autorité maritime de la Lituanie, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> juillet 2006.
- 8) L'Autorité maritime de Malte a adhéré au Mémorandum le 12 mai 2006. Pour l'Autorité maritime de Malte, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> juillet 2006.
- 9) L'Autorité maritime de Pologne a adhéré au Mémorandum le 27 novembre 1991. Pour l'Autorité maritime de la Pologne, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> janvier 1992.
- 10) L'Autorité maritime de la Fédération de Russie a adhéré au Mémorandum le 10 novembre 1995. Pour l'Autorité maritime de la Fédération de Russie, le Mémorandum prendra effet le 1<sup>er</sup> janvier 1996.
- 11) L'Autorité maritime de Slovénie a adhéré au Mémorandum le 15 mai 2003. Pour l'Autorité maritime de Slovénie, le Mémorandum prendra effet le 22 juillet 2003.

- 1) Die Seeschiffahrtsbehörde Kanadas ist der Vereinbarung am 3. Mai 1994 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Kanadas ist die Vereinbarung am 3. Mai 1994 wirksam geworden.
- 2) Die Seeschiffahrtsbehörde Kroatiens ist der Vereinbarung am 8. November 1996 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Kroatiens ist die Vereinbarung am 1. Januar 1997 wirksam geworden.
- 3) Die Seeschiffahrtsbehörde Estlands ist der Vereinbarung am 12. Mai 2005 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Estlands ist die Vereinbarung am 1. Juli 2005 wirksam geworden.
- 4) Die Seeschiffahrtsbehörde Islands ist der Vereinbarung am 11. Mai 2000 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Islands ist die Vereinbarung am 1. Juli 2000 wirksam geworden.
- 5) Die Seeschiffahrtsbehörde Lettlands ist der Vereinbarung am 12. Mai 2005 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Lettlands ist die Vereinbarung am 1. Juli 2005 wirksam geworden.
- 6) Die Seeschiffahrtsbehörde Litauens ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Litauens ist die Vereinbarung am 1. Juli 2006 wirksam geworden.
- 7) Die Seeschiffahrtsbehörde Maltas ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Maltas ist die Vereinbarung am 1. Juli 2006 wirksam geworden.
- 8) Die Seeschiffahrtsbehörde Polens ist der Vereinbarung am 27. November 1991 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Polens ist die Vereinbarung am 1. Januar 1992 wirksam geworden.
- 9) Die Seeschiffahrtsbehörde der Russischen Föderation ist der Vereinbarung am 10. November 1995 beigetreten; die Vereinbarung ist für die Seeschiffahrtsbehörde der Russischen Föderation am 1. Januar 1996 wirksam geworden.
- 10) Die Seeschiffahrtsbehörde Sloweniens ist der Vereinbarung am 15. Mai 2003 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Sloweniens ist die Vereinbarung am 22. Juli 2003 wirksam geworden.
- 11) Die Seeschiffahrtsbehörde Zyperns ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten; für die Seeschiffahrtsbehörde Zyperns ist die Vereinbarung am 1. Juli 2006 wirksam geworden.

## 2. Abschnitt 3.10.2 Satz 2 wurde geändert und wie folgt gefasst:

(Übersetzung)

“Likewise, the classification society which has issued the class certificates and the recognized organization that has issued the relevant certificates on behalf of the flag State Administration will be notified, where appropriate.”

«De même, la société de classification qui a émis les certificats de classe et l'organisme agréé qui a délivré les certificats pertinents au nom de l'Administration de l'Etat du pavillon reçoit également notification de l'immobilisation, si approprié.»

„Ebenso ist gegebenenfalls die Klassifikationsgesellschaft, die das Klassenzertifikat oder die anerkannte Organisation, die im Namen der Verwaltung des Flaggenstaates die einschlägigen Zeugnisse ausgestellt hat, zu benachrichtigen.“

## 3. Anlage 1 Abschnitt 1.2 Nr. 9 wurde geändert und wie folgt gefasst:

(Übersetzung)

“9 Ships with recognized organization deficiency ratio above average;”

«9 les navires dont les déficiences relatives à l'Organisme Agréé sont supérieures à la moyenne;»

„9 Schiffe einer anerkannten Organisation mit überdurchschnittlichen Mängeln;“

## 4. Anlage 1 Abschnitt 8.3.3 Nr. 6 wurde geändert und wie folgt gefasst:

*(Übersetzung)*

<p>„6 verification that the following documents are on board, review them and confirm that the flag State or recognized organization has endorsed them:</p> <p>(1) reports of structural surveys,</p> <p>(2) condition evaluation reports,</p> <p>(3) thickness measurement reports,</p> <p>(4) descriptive document referred to by IMO resolution A.744(18).”</p>	<p>«6 vérification de la présence des documents ci-après, lecture et vérification que l’Etat du pavillon ou l’Organisme Agréé les a enregistrés:</p> <p>(1) rapports des études de structure,</p> <p>(2) rapports de condition d’évaluation,</p> <p>(3) rapports des mesures d’épaisseurs,</p> <p>(4) document descriptif prévu par le règlement OMI A.744 (18).»</p>	<p>„6 Nachprüfung, dass die folgenden Dokumente an Bord sind, Überprüfung dieser Dokumente und Bestätigung, dass sie vom Flaggenstaat oder von der anerkannten Organisation einen Bestätigungsvermerk erhalten haben:</p> <p>(1) Berichte über die Strukturbesichtigungen;</p> <p>(2) Berichte zur Beurteilung des Schiffszustands;</p> <p>(3) Bericht über Dickenmessungen;</p> <p>(4) Beschreibung im Sinne der IMO-EntschlieÙung A.744(18).“</p>
--	---	---

## 5. Anlage 1 Abschnitt 8.3.4 Nr. 5 wurde geändert und wie folgt gefasst:

*(Übersetzung)*

<p>„5 verification that the following documents are on board, review them and confirm that the flag State or recognized organization has endorsed them:</p> <p>(1) reports of structural surveys,</p> <p>(2) condition evaluation reports,</p> <p>(3) thickness measurement reports,</p> <p>(4) descriptive document referred to by IMO resolution A.744(18).”</p>	<p>«5 vérification de la présence des documents ci-après, lecture et vérification que l’Etat du pavillon ou l’Organisme Agréé les a enregistrés:</p> <p>(1) rapports des études de structure,</p> <p>(2) rapports de condition d’évaluation,</p> <p>(3) rapports des mesures d’épaisseurs,</p> <p>(4) document descriptif prévu par le règlement OMI A.744 (18).»</p>	<p>„5 Nachprüfung, dass die folgenden Dokumente an Bord sind, Überprüfung dieser Dokumente und Bestätigung, dass sie vom Flaggenstaat oder von der anerkannten Organisation einen Bestätigungsvermerk erhalten haben:</p> <p>(1) Berichte über die Strukturbesichtigungen;</p> <p>(2) Berichte zur Beurteilung des Schiffszustands;</p> <p>(3) Bericht über Dickenmessungen;</p> <p>(4) Beschreibung im Sinne der IMO-EntschlieÙung A.744(18).“</p>
--	---	---

## 6. Anlage 3 Teil B Nr. 1 und 4:

Anlage 3 Teil B Nr. 1 Satz 2 wurde geändert und wie folgt gefasst:

*(Übersetzung)*

<p>“The competent authority must also inform the flag State administration, the recognized organization and the classification society concerned, the Département des Systèmes d’Information (DSI) and the Secretariat.”</p>	<p>«L’autorité compétente doit également informer l’administration de l’Etat du pavillon, l’Organisme Agréé et la société de classification concernée, le Département des Systèmes d’Information (DSI) ainsi que le secrétariat.»</p>	<p>„Die zuständige Behörde unterrichtet ferner die Verwaltung des Flaggenstaates, die anerkannte Organisation und die betroffene Klassifikationsgesellschaft, das „Département des Systèmes d’Information“ (DSI) und das Sekretariat.“</p>
--	---	--

Anlage 3 Teil B Nr. 4 Satz 3 wurde geändert und wie folgt gefasst:

*(Übersetzung)*

<p>“The Authority must also notify its decision in writing to the flag State administration, the recognized organization and the classification society concerned, the DSI and the Secretariat.”</p>	<p>«L’Autorité doit également notifier sa décision par écrit à l’administration de l’Etat du pavillon, l’Organisme Agréé et la société de classification concernée, le DSI ainsi que le secrétariat.»</p>	<p>„Die Behörde unterrichtet ferner die Verwaltung des Flaggenstaates, die anerkannte Organisation und die betroffene Klassifikationsgesellschaft, das „Département des Systèmes d’Information“ (DSI) und das Sekretariat.“</p>
--	---	---

## 7. Anlage 5 Nr. I:

## 10. Strichaufzählung wird ersetzt durch:

“the recognized organization or organizations and/or any other party which has/have issued to this ship certificates in accordance with the applicable conventions on behalf of the flag State, stating the certificates delivered;”

«L'Organisme Agréé ou les Organisations et/ou toute autre partie qui a/ont émis les certificats pour ce navire conformément aux conventions en vigueur dans l'Etat du pavillon qui délivre les certificats;»

(Übersetzung)

„anerkannte Organisation oder Organisationen und/oder jede andere Stelle, die für dieses Schiff Bescheinigungen im Namen des Flaggenstaates nach Maßgabe der anwendbaren Übereinkommen ausgestellt hat/haben, mit Nennung der ausgestellten Bescheinigungen;“

## 18. Strichaufzählung wird ersetzt durch:

“description of the measures taken by the competent authority and, where relevant, by the recognized organization as a follow-up to detention;”

«Description des mesures prises par l'autorité compétente et, le cas échéant, par l'Organisme Agréé faisant suite à la détention;»

(Übersetzung)

„Beschreibung der Maßnahmen, welche die zuständige Behörde und gegebenenfalls die anerkannte Organisation als Folge des Festhaltens ergriffen haben;“

## 20. Strichaufzählung wird ersetzt durch:

“indication, where relevant, of whether the recognized organization or any other private body that carried out the survey has a responsibility in relation to the deficiencies which, alone or in combination, led to detention;”

«Indication, le cas échéant, de la part de responsabilité soit de l'Organisme Agréé ou de toute autre organisations privée qui ont effectué le contrôle liées à la ou aux déficiences qui ont conduit à la détention;»

(Übersetzung)

„gegebenenfalls die Angabe, ob die anerkannte Organisation oder jede andere private Stelle, welche die Besichtigung ausgeführt hat, für die Mängel, die einzeln oder kombiniert zum Festhalten geführt haben, haftbar gemacht wird;“

## 8. Anlage 5 Nr. II:

## 10. Strichaufzählung wird ersetzt durch:

“the recognized organization or organizations and/or any other party which has/have issued to this ship certificates in accordance with the applicable conventions on behalf of the flag State, stating the certificates delivered;”

«l'Organisme Agréé ou les organismes et/ou toute autre entité qui a/ont émis les certificats pour ce navire conformément aux conventions en vigueur dans l'Etat du pavillon qui délivre les certificats;»

(Übersetzung)

„anerkannte Organisation oder -Organisationen und/oder jede andere Stelle, die für dieses Schiff Bescheinigungen im Namen des Flaggenstaates nach Maßgabe der anwendbaren Übereinkünfte ausgestellt hat/haben, mit Nennung der ausgestellten Bescheinigungen;“



**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens von New York vom 31. März 1953  
über die politischen Rechte der Frau**

**Vom 25. April 2007**

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen von New York vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau (BGBl. 1969 II S. 1929; 1970 II S. 46) gebunden betrachtet.

Gleichzeitig hat Montenegro den nachfolgend abgedruckten, am 12. März 2001 von der Bundesrepublik Jugoslawien bestätigten (BGBl. 2002 II S. 77) Einspruch der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gegen die von der Regierung von Guatemala bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalte bestätigt:

*(Übersetzung)*

“... it is not possible for the Government of the Federal People’s Republic of Yugoslavia to accept the reservations of the Government of Guatemala in respect of Articles I, II and III of the Convention on the Political Rights of Women and related to the provisions of Article 16, paragraph 2, of the Constitution of the Republic which provides that female citizens of Guatemala who know how to read and write at 18 are considered of age as compared to men who become of age at 18 without any further requirement.

The reservations submitted by the Government of Guatemala are not in accordance with the principles contained in Article 1 of the Charter of the United Nations and with the aims of the Convention on the Political Rights of Women.”

„... ist es der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien nicht möglich, die Vorbehalte anzuerkennen, die die Regierung von Guatemala zu den Artikeln I, II und III des Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau unter Bezugnahme auf Artikel 16 Absatz 2 der Verfassung der Republik angebracht hat, der vorsieht, dass [nur] diejenigen Staatsbürgerinnen Guatemalas, die mit 18 Jahren lesen und schreiben können, als volljährig betrachtet werden, während Männer mit 18 Jahren ohne zusätzliches Erfordernis in jedem Fall die Volljährigkeit erlangen.

Die von der Regierung von Guatemala angebrachten Vorbehalte stehen nicht im Einklang mit den in Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätzen und den Zielen des Übereinkommens über die politischen Rechte der Frau.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Oktober 2005 (BGBl. II S. 1203).

Berlin, den 25. April 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des Übereinkommens vom 8. Dezember 2004  
über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland,  
der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen,  
der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen,  
der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik  
zu dem Übereinkommen über die Beseitigung der Doppelbesteuerung  
im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen**

**Vom 25. April 2007**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Juni 2006 (BGBl. 2006 II S. 554) zu dem Übereinkommen vom 8. Dezember 2004 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zu dem Übereinkommen vom 23. Juli 1990 über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen (BGBl. 1993 II S. 1308) in der Fassung des Übereinkommens vom 21. Dezember 1995 (BGBl. 1999 II S. 1010) und des Protokolls vom 25. Mai 1999 (BGBl. 1999 II S. 1082) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen vom 8. Dezember 2004 nach seinem Artikel 5 für die

Bundesrepublik Deutschland	am	1. Juni 2007
----------------------------	----	--------------

in Kraft treten wird; die Ratifikationsurkunde war am 21. März 2007 beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist für

Dänemark	am	1. April 2006
Estland	am	1. April 2007
Finnland	am	1. September 2006
Irland	am	1. August 2006
Litauen	am	1. Dezember 2006
Luxemburg	am	1. September 2006
Malta	am	1. November 2006
Niederlande	am	1. Juni 2006
Polen	am	1. Februar 2007
Schweden	am	1. September 2006
Slowakei	am	1. April 2006
Tschechische Republik	am	1. Oktober 2006
Ungarn	am	1. Juni 2006
Zypern	am	1. Oktober 2006

in Kraft getreten.

Es wird für

Griechenland	am	1. Juni 2007
Lettland	am	1. Juni 2007
Portugal	am	1. Mai 2007

in Kraft treten.

Berlin, den 25. April 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Chemiewaffenübereinkommens**

**Vom 25. April 2007**

I.

Das Übereinkommen vom 13. Januar 1993 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (BGBl. 1994 II S. 806) ist nach seinem Artikel XXI Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Antigua und Barbuda	am 28. September 2005
Barbados	am 6. April 2007
Bhutan	am 17. September 2005
Dschibuti	am 24. Februar 2006
Grenada	am 3. Juli 2005
Haiti	am 24. März 2006
Honduras	am 28. September 2005
Kambodscha	am 18. August 2005
Komoren	am 17. September 2006
Kongo, Demokratische Republik	am 11. November 2005
Liberia	am 25. März 2006
Niue	am 21. Mai 2005
Vanuatu	am 16. Oktober 2005
Zentralafrikanische Republik	am 20. Oktober 2006.

II.

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

III.

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland hat die Anwendung des Übereinkommens mit einer am 26. Oktober 2005 vom Generalsekretär der Vereinten Nationen registrierten Erklärung auf die Vogtei Guernsey, die Vogtei Jersey, die Insel Man, Anguilla, Bermuda, das Britische Antarktisterritorium, das Britische Territorium im Indischen Ozean, die Britischen Jungferninseln, die Falklandinseln, Gibraltar, die Kaimaninseln, Montserrat, Pitcairn, Henderson, Ducie und Oeno, St. Helena und Nebengebiete, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln, die britischer Staatshoheit unterstehenden Stützpunktgebiete Akrotiri und Dhekelia und die Turks- und Caicosinseln erstreckt.

Argentinien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 14. November 2005 nachstehende Erklärung zur Erstreckung des Übereinkommens auf die Falklandinseln, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln durch das Vereinigte Königreich notifiziert:

*(Übersetzung)*

(Translation) (Original: Spanish)

„In that connection, the Argentine Republic rejects the declaration made by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland extending the territorial

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

„In diesem Zusammenhang weist die Argentinische Republik die vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland abgegebene Erklärung zurück, durch die

scope of the above-mentioned Convention to the Malvinas Islands, South Georgia and the South Sandwich Islands which are an integral part of the Argentine national territory.

It likewise rejects the British statement insofar as it refers to the intention to apply the said Convention to the so-called 'British Antarctic Territory' and affirms that that statement in no way affects the sovereign rights of the Argentine Republic over the Argentine Antarctic Sector which is an integral part of its national territory. In this connection, it is necessary to bear in mind the terms of article IV of the Antarctic Treaty, signed on 1 December 1959, to which the Argentine Republic and the United Kingdom are party.

The Argentine Republic also recalls that the Malvinas Islands, South Georgia, the South Sandwich Islands and the surrounding maritime areas are an integral part of the Argentine national territory and, since they are being illegally occupied by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, they form the subject of a sovereignty dispute between both parties, a fact acknowledged by several international bodies.

On this matter, the General Assembly of the United Nations has adopted resolutions 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 and 43/25, in which it recognizes the existence of the sovereignty dispute related to the 'Question of the Malvinas Islands' and urges the Governments of the Argentine Republic and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to resume negotiations with a view to finding a peaceful, just and lasting solution to the dispute as soon as possible. For its part, the Special Committee on Decolonization of the United Nations has repeatedly issued similar calls, most recently through the resolution adopted on 15 June 2005. The General Assembly of the Organization of American States also adopted a further declaration on the question on 7 June 2005."

Das Vereinigte Königreich hat hierzu dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 27. April 2006 nachstehende Erklärung notifiziert:

*(Übersetzung)*

"In accordance with instructions received from my Government, I have the honour to refer to the communication dated 30 November 2005 from the Government of Argentina to the United Nations relating to the extension of the Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and use of Chemical Weapons and their Destruction, to the Falkland Islands, South Georgia and the South Sandwich Islands, and the British Antarctic Territory.

der Geltungsbereich des genannten Übereinkommens auf die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln, welche Bestandteile des argentinischen Hoheitsgebiets sind, erstreckt wird.

Ebenso weist sie die britische Erklärung zurück, soweit diese sich auf die Absicht bezieht, das genannte Übereinkommen auf das so genannte Britische Antarktisterritorium anzuwenden, und bekräftigt, dass diese Erklärung die Hoheitsrechte der Argentinischen Republik in Bezug auf den Argentinischen Antarktis-Sektor, welcher Bestandteil ihres Hoheitsgebiets ist, in keiner Weise berührt. In diesem Zusammenhang muss Artikel IV des am 1. Dezember 1959 unterzeichneten Antarktis-Vertrags, dessen Vertragsparteien die Argentinische Republik und das Vereinigte Königreich sind, in Erinnerung gerufen werden.

Die Argentinische Republik erinnert ferner daran, dass die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie die sie umgebenden Seegebiete Bestandteile des argentinischen Hoheitsgebiets sind und dass sie, da sie vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland widerrechtlich besetzt wurden, Gegenstand einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität zwischen beiden Parteien sind, eine Tatsache, die von mehreren internationalen Institutionen anerkannt wird.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat diesbezüglich die Resolutionen 2065 (XX), 3160 (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 und 43/25 angenommen, in denen sie das Bestehen einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität in Bezug auf die „Frage der Malwinen“ zur Kenntnis nimmt und die Regierungen der Argentinischen Republik und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nachdrücklich auffordert, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, um so rasch wie möglich zu einer friedlichen, gerechten und endgültigen Lösung des Konflikts zu gelangen. Der Entkolonialisierungsausschuss der Vereinten Nationen hat seinerseits mehrfach ähnliche Aufrufe getätigt, zuletzt durch die am 15. Juni 2005 angenommene Resolution. Auch die Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten hat am 7. Juni 2005 eine weitere Erklärung zu diesem Thema verabschiedet."

„Im Einklang mit den Weisungen, die ich von meiner Regierung erhalten habe, beehre ich mich, auf die Erklärung der Regierung von Argentinien an die Vereinten Nationen vom 30. November 2005 über die Erstreckung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen auf die Falklandinseln, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie das Britische Antarktisterritorium Bezug zu nehmen.

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland are fully entitled to extend the Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and use of Chemical Weapons and on their Destruction to the Falkland Islands, South Georgia and the South Sandwich Islands, and the British Antarctic Territory.

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland have no doubts about the sovereignty of the United Kingdom over the Falkland Islands, South Georgia and the South Sandwich Islands, and the British Antarctic Territory, and their surrounding maritime areas, and reject the claim by the Government of Argentina to sovereignty over those islands and areas and that the Falkland Islands and South Georgia and the South Sandwich Islands are under illegal occupation by the United Kingdom.”

Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ist uneingeschränkt berechtigt, das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen auf die Falklandinseln, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie das Britische Antarktisterritorium zu erstrecken.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zweifelt nicht an der Souveränität des Vereinigten Königreichs über die Falklandinseln, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln, das Britische Antarktisterritorium sowie die diese Gebiete umgebenden Seegebiete und weist den Hoheitsanspruch der Regierung von Argentinien betreffend diese Inseln und Gebiete sowie ihre Behauptung, die Falklandinseln sowie Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln seien vom Vereinigten Königreich widerrechtlich besetzt, zurück.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. Dezember 2004 (BGBl. 2005 II S. 12).

Berlin, den 25. April 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls IV zum VN-Waffenübereinkommen**

**Vom 27. April 2007**

Das Protokoll vom 13. Oktober 1995 über blindmachende Laserwaffen (Protokoll IV) – BGBl. 1997 II S. 806, 827 – zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (BGBl. 1992 II S. 958; 1993 II S. 935), wird nach seinem Artikel 2 in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 4 des Übereinkommens für

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik am 19. September 2007 in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 6. März 2007 (BGBl. II S. 652).

Berlin, den 27. April 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Rahmenübereinkommens  
der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

**Vom 30. April 2007**

I.

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) gebunden betrachtet.

II.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 2. Januar 2007 mit nachstehender Erklärung die Erstreckung des Rahmenübereinkommens auf Gibraltar notifiziert:

*(Übersetzung)*

“... the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland wishes the United Kingdom’s Ratification of the Convention ... to be extended to the following territory for whose international relations the United Kingdom is responsible:

Gibraltar.”

„... die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland wünscht, die Ratifikation des Übereinkommens seitens des Vereinigten Königreichs ... auf das folgende Gebiet zu erstrecken, für dessen internationale Beziehungen das Vereinigte Königreich verantwortlich ist:

Gibraltar.“

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 7. März 2007 mit nachstehender Erklärung die Erstreckung des Rahmenübereinkommens auf Bermuda, Kaimaninseln und Falklandinseln notifiziert:

*(Übersetzung)*

“... the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland wishes the United Kingdom’s Ratification of the Convention ... to be extended to the following territories for whose international relations the United Kingdom is responsible:

Bermuda

Cayman Islands

Falkland Islands

...

„... die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland wünscht, die Ratifikation des Übereinkommens seitens des Vereinigten Königreichs ... auf die folgenden Hoheitsgebiete zu erstrecken, für dessen internationale Beziehungen das Vereinigte Königreich verantwortlich ist:

Bermuda

Kaimaninseln

Falklandinseln

...

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland considers the extension of the United Nations Framework Convention on Climate Change ... to the territories listed above to take effect from the date of deposit of this notification, ...”

Nach Auffassung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland wird die Erstreckung des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ... auf die oben aufgeführten Hoheitsgebiete mit dem Tag der Hinterlegung dieser Notifikation wirksam ...“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. Dezember 2006 (BGBl. 2007 II S. 125).

Berlin, den 30. April 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto  
zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

**Vom 30. April 2007**

I.

Das Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 (BGBl. 2002 II S. 966) zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783) ist nach seinem Artikel 25 Abs. 3 für

Gabun	am 13. März 2007
in Kraft getreten.	

Das Protokoll wird für

Bosnien und Herzegowina	am 15. Juli 2007
Kongo	am 13. Mai 2007
in Kraft treten.	

II.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 2. Januar 2007 mit nachstehender Erklärung die Erstreckung des Protokolls auf Gibraltar notifiziert:

*(Übersetzung)*

“... the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland wishes the United Kingdom’s Ratification of ... the Protocol to be extended to the following territory for whose international relations the United Kingdom is responsible:

Gibraltar.”

„... die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland möchte die Ratifikation ... des Protokolls seitens des Vereinigten Königreichs auf das folgende Hoheitsgebiet erstrecken, für dessen internationale Beziehungen das Vereinigte Königreich verantwortlich ist:

Gibraltar.“

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 7. März 2007 mit nachstehender Erklärung die Erstreckung des Protokolls auf Bermuda, Falklandinseln, Kaimaninseln und die Vogtei Jersey notifiziert:

(Übersetzung)

“... the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland wishes the United Kingdom’s Ratification of ... the Protocol to be extended to the following territories for whose international relations the United Kingdom is responsible:

Bailiwick of Jersey  
Bermuda  
Cayman Islands  
Falkland Islands

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland considers the extension of ... the Kyoto Protocol ... to the territories listed above to take effect from the date of deposit of this notification, ...”

„... die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland möchte die Ratifikation ... des Protokolls seitens des Vereinigten Königreichs auf die folgenden Hoheitsgebiete erstrecken, für deren internationale Beziehungen das Vereinigte Königreich verantwortlich ist:

Vogtei Jersey  
Bermuda  
Kaimaninseln  
Falklandinseln

Nach Auffassung der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland wird die Erstreckung des Protokolls von Kyoto ... auf die oben aufgeführten Hoheitsgebiete mit dem Tag der Hinterlegung dieser Notifikation wirksam ...“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Dezember 2006 (BGBl. 2007 II S. 122).

Berlin, den 30. April 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel



**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des Protokolls V vom 28. November 2003 zum VN-Waffenübereinkommen**

**Vom 4. Mai 2007**

I.

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. Februar 2005 zu dem am 28. November 2003 von der Konferenz der Vertragsstaaten des VN-Waffenübereinkommens angenommenen Protokoll über explosive Kampfmittelrückstände (Protokoll V) – BGBl. 2005 II S. 122 – zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen, BGBl. 1992 II S. 958; 1993 II S. 935), wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach Artikel 8 Abs. 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 3 und 4 des VN-Waffenübereinkommens für die

Bundesrepublik Deutschland am 12. November 2006  
in Kraft getreten ist.

Die Annahmerkunde war am 3. März 2005 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.

Das Protokoll ist nach Artikel 8 Abs. 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 3 und 4 des VN-Waffenübereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am 12. November 2006
Bulgarien	am 12. November 2006
Dänemark	am 12. November 2006
El Salvador	am 12. November 2006
Finnland	am 12. November 2006
Frankreich	am 30. April 2007
Heiliger Stuhl	am 12. November 2006
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung	
Indien	am 12. November 2006
Kroatien	am 12. November 2006
Liberia	am 12. November 2006
Liechtenstein	am 12. November 2006
Litauen	am 12. November 2006
Luxemburg	am 12. November 2006
Malta	am 22. März 2007
Nicaragua	am 12. November 2006
Niederlande	
– für das Königreich in Europa	am 12. November 2006
Norwegen	am 12. November 2006
Schweden	am 12. November 2006
Schweiz	am 12. November 2006
Sierra Leone	am 12. November 2006
Slowakei	am 12. November 2006
Tadschikistan	am 18. November 2006
Tschechische Republik	am 6. Dezember 2006
Ukraine	am 12. November 2006.

Es wird für

Australien	am	4. Juli 2007
Estland	am	18. Juni 2007
Irland	am	8. Mai 2007
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	19. September 2007
Slowenien	am	22. August 2007
Spanien	am	9. August 2007
Ungarn	am	13. Mai 2007

in Kraft treten.

## II.

Der Heilige Stuhl hat bei Hinterlegung der Annahmeerkunde am 13. Dezember 2005 die nachstehende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

In acceding to the Protocol on Explosive Remnants of War (ERW) annexed to the Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May be Deemed to be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects (CCW), adopted on November 28, 2003, at the meeting of the States Parties to the CCW, the Holy See, as it did on June 16, 1997 when it acceded to the Convention and its first four Protocols, "in keeping with its proper nature and with the particular condition of Vatican City State, intends to renew its encouragement to the International Community to continue on the path it has taken for the reduction of human suffering caused by armed conflict".

With the approval of the fifth Protocol, the CCW is confirmed as a "forward-looking living instrument" of international humanitarian law, intended to address the problems arising from modern armed conflicts and to improve its effectiveness for the protection of civilians and combatants in such situations. Although one could have wished for a greater incisiveness in the Protocol in responding to the problems originating from the ERW, the adoption of this instrument represents an important multilateral tool for the control of arms for humanitarian reasons, capable of calling States to responsibility for the ERW and for damages caused by them.

In keeping with it[s] own commitment to encouraging the development and implementation of humanitarian law on the part of all States and in all circumstances, the Holy See is convinced that the Fifth Protocol signifies a concretely promoting the culture of life and of peace, based upon the dignity of the human person and the primacy of the rule of law, through

Mit dem Beitritt zum Protokoll über explosive Kampfmittelrückstände, das zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen), gehört und am 28. November 2003 auf der Tagung der Vertragsstaaten des VN-Waffenübereinkommens angenommen wurde, beabsichtigt der Heilige Stuhl, wie er es am 16. Juni 1997 beim Beitritt zu dem Übereinkommen und den ersten vier Protokollen getan hat, „im Einklang mit seiner Wesensart sowie mit der besonderen Lage des Staates Vatikanstadt, die Völkergemeinschaft erneut zu ermutigen, auf dem von ihr eingeschlagenen Weg der Verringerung des durch bewaffnete Konflikte verursachten menschlichen Leids weiterzugehen.“

Mit der Genehmigung des fünften Protokolls wird das VN-Waffenübereinkommen als „zukunftsgerichtete sich fortentwickelnde Übereinkunft“ des humanitären Völkerrechts bestätigt, die darauf abzielt, die sich aus bewaffneten Konflikten der heutigen Zeit ergebenden Probleme zu lösen und ihre Wirksamkeit zum Schutz von Zivilpersonen und Kombattanten in diesen Situationen zu verbessern. Obwohl es wünschenswert gewesen wäre, wenn in dem Protokoll mit größerem Nachdruck auf die durch explosive Kampfmittelrückstände entstehenden Probleme eingegangen worden wäre, stellt die Annahme dieser Übereinkunft ein wichtiges multilaterales Instrument für die Waffenkontrolle aus humanitären Gründen dar, mit dem die Staaten in Bezug auf explosive Kampfmittelrückstände und die durch sie verursachten Schäden zur Rechenschaft gezogen werden können.

Im Einklang mit seinem Bekenntnis zur Förderung der Entwicklung und Durchsetzung des humanitären Rechts durch alle Staaten und unter allen Umständen ist der Heilige Stuhl davon überzeugt, dass das fünfte Protokoll einen Meilenstein darstellt, mit dem die Lebens- und Friedenskultur auf der Grundlage der Würde des Menschen und der Vorherrschaft des Rechts

a responsible, honest and consistent cooperation of all the members of the community of nations.

durch eine verantwortungsbewusste, ehrliche und reibungslose Zusammenarbeit aller Mitglieder der Staatengemeinschaft konkret gefördert werden kann.

Berlin, den 4. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen**

**Vom 7. Mai 2007**

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen vom 20. Februar 1957 über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen (BGBl. 1973 II S. 1249) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. 2006 II S. 51).

Berlin, den 7. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge**

**Vom 7. Mai 2007**

I.

Das Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926) ist nach seinem Artikel 84 Abs. 2 für

Burkina Faso

am 24. Juni 2006

in Kraft getreten.

II.

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

III.

Guatemala hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 15. März 2007 die Rücknahme seiner Vorbehalte zu den Artikeln 11 und 12 des Übereinkommens (BGBl. 2000 II S. 58) notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. Februar 2006 (BGBl. II S. 189).

Berlin, den 7. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung  
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen  
an die Unternehmen  
„Booz Allen & Hamilton, Inc.“, „Kellogg Brown & Root Services, Inc.“ und  
„Science Applications International Corporation, SAIC“  
(Nr. DOCPER-AS-39-05, DOCPER-AS-58-01, DOCPER-AS-11-25)**

**Vom 7. Mai 2007**

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 29. März 2007 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an die Unternehmen „Booz Allen & Hamilton, Inc.“, „Kellogg Brown & Root Services, Inc.“ und „Science Applications International Corporation, SAIC“ (Nr. DOCPER-AS-39-05, DOCPER-AS-58-01, DOCPER-AS-11-25) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 29. März 2007

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 7. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

Auswärtiges Amt

Berlin, den 29. März 2007

## Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 15 vom 29. März 2007 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit den nachfolgend unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Unternehmen Verträge über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn den nachfolgend unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Unternehmen zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. a) Das Unternehmen Booz Allen & Hamilton, Inc. wird auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-39-05 mit einer Laufzeit vom 16. Juni 2006 bis 15. Juni 2009 folgende Dienstleistungen erbringen:

Auswertung nachrichtendienstlicher Informationen und Bereitstellung von Fachkompetenz im Bereich Fernmelde- und elektronische Aufklärung für die 66th Military Intelligence Group und das European Security Operations Center. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Process Analyst (Anhang II.1.), Intelligence Analyst (Anhang II.2.) und Program/Project Manager (Anhang V.1.).

- b) Das Unternehmen Kellogg Brown & Root Services, Inc. wird auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-58-01 mit einer Laufzeit vom 8. August 2006 bis 7. August 2011 folgende Dienstleistungen erbringen:

Mit der Auftragsvergabe im Rahmen eines USAREUR Support Contract (USC) verpflichtet die US-Regierung den Auftragnehmer, sein Program Management Office (PMO) in Mitteleuropa einzurichten. Das PMO muss allen Anforderungen gerecht werden können, die an im gesamten Verantwortungsbereich von USAREUR auftretende logistische Dienstleistungen gestellt werden. Solche Dienstleistungen können Einsätze im gesamten Einsatzgebiet, Einsätze einer Task Force oder Einsätze in einem Land betreffen. Die Dienstleistungen können für Stützpunkte, vorgeschobene Einsatzstützpunkte und Außenposten bestimmt sein. Der Auftragnehmer muss in der Lage sein, die Anforderungen an neue Einsätze und neue Standorte in jedem Land zu planen und zu unterstützen, einschließlich militärischer Übungen zur Einsatzbereitschaft sowie Einsätze zur Krisenbewältigung. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Program/Project Manager (Anhang V.1.).

- c) Das Unternehmen Science Applications International Corporation wird auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-11-25 mit einer Laufzeit vom 1. März 2007 bis 29. Februar 2012 folgende Dienstleistungen erbringen:

Analytische Unterstützung bei der fortlaufenden politisch-militärischen, wirtschaftlichen sowie verteidigungsbezogenen Programmauswertung zur Beurteilung der Zuweisung von USAREUR-Ressourcen für regionale Stabilitätseinsätze. Der Auftragnehmer analysiert das äußere Umfeld von USAREUR, um einzuschätzen, wie dessen Auswirkungen und die Beziehungen zu ihm für die Fortentwicklung der Ziele und Ausrichtung von USAREUR-Einsätzen genutzt werden können. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Military Analyst (Anhang II.4.).

2. Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden den unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.
3. Die vorgenannten Unternehmen werden in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von

Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.

4. Nach Maßgabe der unter Nummer 6 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern der oben genannten Unternehmen, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 Buchstaben a bis c aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für diese Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
5. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
6. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
7. Diese Vereinbarung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem der letztgültige Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschriften zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und den jeweiligen dort genannten Unternehmen endet. Sie wird auf die einzelnen unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Verträge nicht mehr angewendet, wenn der jeweilige Vertrag endet oder wenn das Auswärtige Amt nicht jeweils spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Kopien der einzelnen Verträge sind dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung eines Vertrags unverzüglich mit.
8. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch eines der unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation in Bezug auf das genannte Unternehmen kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung in Bezug auf das genannte Unternehmen außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 8 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 29. März 2007 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 15 vom 29. März 2007 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 29. März 2007 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die  
Botschaft der  
Vereinigten Staaten von Amerika  
Berlin

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln  
Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung  
und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung**

**Vom 7. Mai 2007**

Das am 18. September 1997 angenommene Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (BGBl. 1998 II S. 778) wird nach seinem Artikel 17 Abs. 2 für

Indonesien am 1. August 2007  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Januar 2007 (BGBl. II S. 225).

Berlin, den 7. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel